

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 25241.
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 27./10. bis 2./11. 10 Millionen M. Einzelnummer 2 Millionen M.
Anzeigen-Preise. Schlußzahl der deutschen Zeitungen: 24 000 000 x Grundpreis: Die 10 tägige Nummer
des Jahrs Nr. 100, außerhalb Deutschlands Nr. 120. (Kleinanzeigen u. Belegblätter
ohne Rabatt Nr. 40, außerhalb Nr. 50, bis 50 mm breite Zeilen Nr. 300, außerhalb
Deutschlands Nr. 400; Druckerzettel Nr. 10. Klausur, Klippzettel gegen Bezahlung.)

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle:
Markstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Geyl & Reichert in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Das Kabinett Fellsch ohne Mehrheit.

Entscheidung Ablehnung der Regierung Fellsch durch die Deutsche Volkspartei — Verlegung der Regierungserklärung im Landtag — Eisner statt Graupe Arbeitsminister — Ein volksparteilicher Antrag auf Auflösung des Landtages — Bölliger Zusammenbruch der letzten Markflügelung.

Fortdauernde Unsicherheit in Sachsen.

„Es geht etwas vor, man weiß nur noch nicht, was.“ Dieses „etwas“ Wort, durch das bekanntlich der ehemalige sozialdemokratische Volkskullehrer und Reichstagsabgeordnete Sabler „berühmt“ geworden ist, bezeichnet treffend die Lage, wie sie sich augenblicklich aus Anlaß der Reichsregulierung gegen Sachsen gestaltet hat. Hinter den Berliner Kulissen wird verhandelt, kramphast und angestrengt. Man will einen Besonderen am Leben erhalten, der keine Kraft zum Leben mehr in sich hat, die große Koalition. Warum? Weil die Sozialdemokratie in dieser Gruppierung sowohl im Reich wie in Preußen eine Gewährleistung ihrer politischen Macht erblickt, die sie bis zur äußersten letzten Möglichkeit halten und verteidigen will. Die Wirkung dieser Bemühungen ist hier in Sachsen zunächst in einer Verzögerung der Regierungserklärung in Erscheinung getreten. Der neue Ministerpräsident Fellsch scheute sich, seinen Standpunkt festzulegen, bevor in Berlin die Frage, ob die Sozialdemokratie in der Koalition verbleiben solle oder nicht, entschieden war. Das ist zweifellos der tiefere Grund, weshalb es gestern bloß zur Vereidigung im Landtage gekommen ist.

Obne diese Erklärung zu kennen, kann man heute schon sagen, daß die neue Regierung für die bürgerliche Auffassung eine Unmöglichkeit darstellt, weil ihr drei wesentliche Voraussetzungen fehlen, die sie allein halbwegs akzeptabel hätte machen können: 1. Die Zusammensetzung aus lauter neuen, mit dem Fehlen des bisherigen Regimes unmittelbar befaßten Persönlichkeiten. 2. Die Teilnahme bürgerlicher Elemente. 3. Der Beweis des ernsten Willens eines völligen Bruches mit den Kommunisten. Im wesentlichen bleibt in der Bildung der Regierung alles beim alten, bürgerliche sind überhaupt nicht darin vertreten, und wie es mit der reinlichen Zerlegung von den Kommunisten steht, erhebt aus der Begleitmusik der „Dresdner Volkszeitung“ zum Regierungswechsel. Man erkennt daraus ganz deutlich, wie schwer es den Sozialisten wird, sich von den Kommunisten loszusagen. Es wird behauptet, daß ein gemeinsames Arbeiten in der Regierung mit den Kommunisten „leider heute noch nicht möglich sei“, und die Forderung ausgebracht, daß die Kommunisten durch den Bericht auf Falsch und Verschönerungen die Grundlage für ein dauerndes Zusammenwirken schaffen würden. Also die Sehnsucht bleibt, und der bloße äußere Bericht der Kommunisten auf Gewalttaten soll genügen, um die jetzt getrennten Brüder wieder zusammenzuführen! Das ist bezeichnend. Die wirtschaftlichen und politischen Utopien der Kommunisten, wie sie sich in der Forderung der Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte und in dem Verlangen nach Übertragung politischer Machtbefugnisse auf die Betriebsräte veräußern, die bilden kein Hindernis für die Wiederanknüpfung der Beziehungen! Wo ist dann unter solchen Umständen die geringste Garantie gegeben, daß es jetzt besser wird? Wie ist es möglich, daß auf Grund einer so völlig unsicher gebliebenen Lage ohne weiteres die gegen die sächsischen Zustände gerichtete Reichsverordnung aufgehoben werden konnte?

Es ist selbstverständlich, daß keine zielbewußte bürgerliche Partei sich mit einer derartigen Lösung des Konfliktes zufrieden geben kann. Die Deutschnationalen haben mit berechtigter Klarheit und Entschiedenheit ihr Verhältnis zu der neuen Regierung zu erkennen gegeben, und die Deutsche Volkspartei hat es ebenfalls deutlich ausgesprochen, und die Berufung von Männern wie Liebmann und Fleißner nur in dem Sinne einer Fortsetzung der alten Regierungsmethode gedeutet werden können. Dann bleibt nur zu wünschen, daß auch die Demokraten sich den schroff ablehnenden Standpunkt gegenüber der neuen Regierung zu eigen machen und daß eine bürgerliche Einheitsfront geschaffen wird, wie sie den Notwendigkeiten der gegenwärtigen Zeitläufte entspricht. Jede Uneinigkeit unter den bürgerlichen Parteien befördert lediglich die Wünsche der Sozialisten und Kommunisten und hindert den Eintritt einer Besserung. Darum muß jeder Schritt, den jetzt die Bürgerlichen in Sachsen auf dem für sie so brennend gewordenen Pfade der Politik tun, von dem Bewußtsein geleitet sein, daß volle, ungekürzte Einigkeit untereinander für sich das oberste Gesetz der Stunde ist.

Die ganze Lage ist völlig ungeklärt und kann auch dadurch nicht geklärt werden, daß in Berlin vielleicht die innerlich unheilbar morsche und brüchige große Koalition noch einmal scham durch allerlei vieldeutige Klauseln zusammengeklebt wird. Die Verhältnisse schreiben förmlich nach einer Klärung durch die Auflösung des Landtages, da nur durch die Befreiung der Wähler seine Bahn geschaufen werden kann. Die Falsch, daß die sächsischen Zustände ohne eine solche durchgreifende Maßnahme nicht zu sanieren sind, wird sich wohl bald in so zwingender Weise durch die weitere Entwicklung zur Geltung bringen, daß selbst die größte Furcht der Sozialdemokratie vor dem Urteil des Volkes die Auflösung nicht mehr zu hindern vermag. Die sozialdemokratische Furcht ist nicht begründet, da sich immer klarer herausstellt, daß der sozialistische Vorkurs nicht mehr austräglich genug ist, um die Wähler bei der Stange zu halten. „Wenn nicht alle Be-

obachtungen täuschen“, schrieb dieser Tage die „Rdn. Sta.“, „haben die großen Schichten der ernsthaften Arbeiterschaft die sozialistisch-kommunistische Mißwirtschaft heraldisch takt und schenken sich nach Befreiung von dem Terror der juaendlichen Schreckhölle und nach Ruhe, Ordnung und Wahrhaftigkeit.“ Das Plado des Generalstreiks kann dazu dienen, diese Auffassung zu bekräftigen. Um so mehr Grund haben die bürgerlichen Parteien, der Entscheidung der Wähler mit Auversicht entgegenzusehen; eine Zuversicht, die um so weniger entäußert wird, je mehr eine bürgerliche Partei sich durch unerbittliches Zielbewußtsein in der Vertretung der bürgerlichen und nationalen Interessen das allgemeine Vertrauen zu sichern verstanden hat und noch versteht.

Die Vereidigung des Kabinetts im Landtag.

66. Sitzung.

Dresden, den 1. November 1923.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die Vereidigung des Ministerpräsidenten und die Abgabe einer Regierungserklärung. Die öffentlichen Tribünen sind lange vor Beginn der Sitzung, die auf 8 Uhr abends festgesetzt ist, gänzlich überfüllt. Die Parlamenten wurden auf eine harte Probe gestellt. Man berät offenbar noch den Inhalt der Regierungserklärung. Wie man hört, soll ein Satz bei den Demokraten schwere Bedenken erregt haben. Erst 20 Minuten nach 8 Uhr löst die Guppe durch das Haus, die die Abgeordneten in den Saal rufen.

In dem Regierungsdienste nehmen Platz Ministerpräsident Fellsch und einige der bisherigen Minister. Auch der Stadtverordnete Eisner zeigt sich im Saale, der, wie man hört, an Stelle von Graupe zum Arbeitsminister ernannt werden soll.

Die Sitzung beginnt mit einer Erklärung des Abg. Birth (Soz.), in der Stellung genommen wird gegen die Behauptung des Abg. Wöltcher (Komm.) in der letzten Sitzung, daß Sozialdemokraten mit den Kommunisten gegen ihre Parteigenossen konspiriert hätten, in der eigenen Partei, die sich mit den Kommunisten verbündet hatte. Die sozialdemokratische Fraktion erklärt gegenüber dieser Behauptung, daß sie diese als Verleumdung bezeichnen müsse, solange die Abg. Wöltcher nicht den Beweis dafür erbringe.

Abg. Bentler (D. V.): Ich spreche meine Verwunderung darüber aus, daß, nachdem in der letzten Sitzung verhandelt worden war, die Vereidigung des Herrn Ministerpräsidenten Fellsch heute am Dienstag statt, wir heute durch ein Telegramm für abends 8 Uhr eingeladen worden sind. Ich kann nicht recht begreifen, warum die Vereidigung solche Eile hat und daß man dafür Millionenkosten aufwendet.

Wir widerprechen der Vereidigung, weil wir der Ueberzeugung sind, daß Herr Fellsch nicht Ministerpräsident ist. Die Frage auf Nichtigkeitsklärung dieser Wahl wird morgen beim Staatsgerichtshof einereicht.

Ich weise darauf hin, daß, wenn heute die Vereidigung erfolgt und Herr Fellsch daraufhin Regierungsverhandlungen vornimmt, alle diese nichtig sind. Ich weise den Herrn Reichskommissar darauf hin, daß es seine Pflicht ist, die Gültigkeit dieser Wahl gründlich zu prüfen und sich zu überlegen, ob die Regierung wirklich eine zu Recht bestehende ist. Solange das nicht der Fall ist, muß der Auftrag des Reichspräsidenten an den Reichskommissar zu Recht bestehen.

Wir beantragen die Aussetzung der Vereidigung, bis die Entscheidung des Staatsgerichtshofs erfolgt ist.

Abg. Dr. Kaiser (D. V.): Wir sind natürlich auch über-rahmt worden durch die Einladung, aber über die Zulässigkeit sind keine Bedenken zu erheben.

Ich bitte Sie nun, meinem Antrag zuzustimmen, daß die Vereidigung heute nicht vorgenommen wird, und die Regierungserklärung nicht erfolgt, weil vorgestern abend noch Dinge eingereicht sind, die eine weitere Klärung dringend erfordern. (Zuruf von den Kommunisten: Der Substanzel ist wohl noch nicht abgeschlossen?) Die Wahl ist erfolgt mit 46 Stimmen. (Murren links.) Die Regierung hat also keine Mehrheit. Wenn wir der Meinung sind, daß in Sachsen jetzt alles darauf ankommt, wirklich geklärte Verhältnisse herbeizuführen und nicht einen Zustand, der noch eben keine Klärung ist, dann ist es nicht anders möglich, als heute abend die Vereidigung des Ministerpräsidenten, dessen Wahl von vornherein auf schwachen Füßen steht, zu unterlassen und die Situation weiter zu klären durch Verhandlungen. Sie können natürlich nicht erfolgen unter dem dauernden Druck einer bevorstehenden Plenarsitzung. Dann werden einige Tage gebraucht. Ich bitte, die Vertagung zu beschließen.

Abg. Biewert (Komm.) sagt gegenüber der Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion u. a. folgendes: Wir stellen fest, daß es die Arbeiter sehr gut verstehen, wenn man Berater an der Arbeiterklasse gegenüber keine Erklärungen abgibt. In den Anträgen der Abg. Bentler und Dr. Kaiser haben wir nur das zu unterstreichen, was bereits unter Fraktionsmitglied Wöltcher gesagt hat, daß nach dem in Sachsen bestehenden parlamentarischen Kräfteverhältnis nur eine sozialistisch-kommunistische Koalition in Frage kommen kann. Wir beteiligen uns an dem Komödientenspiel, das jetzt von den Bürgerlichen wieder aufgeführt wird, nicht. Die Deutsche Volkspartei will die

Sozialdemokraten für die große Koalition in Sachsen bewegen. Sie hätte den Substanzel vorher abmachen müssen. Die Kommunisten verlassen den Saal.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.) spricht sich gegen die Vertagung aus. Wir glauben nicht, daß durch weitere Verhandlungen eine Klärung erfolgen kann. Eine Klärung kann allein die praktische Politik bringen, die die neue Regierung treibt. Danach wird sich auch unser Verhältnis zu ihr richten. Wir haben unsere Forderungen aufgestellt und werden an diesen festhalten. Ich habe aus den Worten des kommunistischen Abgeordneten die Sehnsucht nach den Verhältnissen herausklingen hören, die wir soeben verlassen haben. Ich gebe der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß diese Sehnsucht nicht erfüllt wird. (Ja, recht!) In der außerordentlich ernsten Situation, in der sich das Reich befindet, nehmen wir für uns in Anspruch, daß unsere Entscheidungen so durchdacht und überlegt sind, daß sie nach und nach in die Tat umgesetzt können. Den Einspruch, der von den Deutschnationalen gegen die Wahl erhoben wird, können wir nicht als berechtigt anerkennen. Wir sollten uns doch entschließen, jetzt mit den Tatsachen sich abzufinden und nunmehr zur positiven Arbeit überzugehen. Wir haben Zeit, alles das, was von der Regierung kommt, kritisch zu prüfen. (Zuruf rechts: Was erwarten Sie von dieser Regierung?)

Abg. Dr. Kaiser (D. V.) nimmt auch für seine Fraktion in Anspruch, daß das, was sie getan hat, wohl durchdacht ist. Ich weise darauf hin, daß wir allerdings am Dienstag nicht bereit erklärt haben, mit Rücksicht auf die Verhältnisse im Reich so weit zu gehen, daß wir uns auch mit einer sozialistischen Minderheitsregierung abfinden wollten unter der Bedingung, daß uns die Zusammensetzung des Ministeriums in den Personen Gewähr bietet, daß es nicht ein verkapptes kommunistisches Ministerium ist. Diese Bedingungen sind nicht erfüllt worden, und wir haben es daher abgelehnt, den Ministerpräsidenten Fellsch mit zu wählen. Sie wissen, wie schwer die Verhandlungen gewesen sind mit den Herren, die von Ihrer Seite von Berlin nach Dresden gekommen sind. Es hat sich nun ergeben, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine ganz andere Haltung eingenommen hat. Unter diesen Umständen müssen wir unsere Stellung revidieren.

Die Voraussetzungen vom Dienstag sind gefallen.

Wir müssen andere Sicherungen haben, die uns vor Ueber-rahmungen schützen. Es kommt darauf an, daß die ernste Arbeit nicht vom ersten Tage an unumhüllig gemacht wird.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.): Die Deutsche Volkspartei hat ja die Wahl des Ministerpräsidenten mit ermöglicht.

Abg. Dr. Kaiser (D. V.): Wir haben das widerliche Komödientenspiel der Deutschnationalen und Kommunisten am Dienstag nicht mitgemacht. (Stürmischer Widerspruch bei den Deutschnationalen.) Wir haben die Situation für ernst gehalten. Mit geschäftsordnungsmäßigen Mitteln kann man großen Entscheidungen nicht ausweichen. Eine Finanzschiebung der Wahl wäre gar nicht in Frage gekommen. Durch unsere Entfernung aus dem Saale wäre die Wahl nicht verhindert worden.

Präsident Winkler: Ich nehme an, daß Sie die deutschnationale Fraktion nicht beleidigen wollten, sondern nur das wiederholen wollten, was der kommunistische Sprecher aus-führte. (Heiterkeit.)

Abg. Bentler (D. V.): Ich weise den Vorwurf Dr. Kaisers als mir unverständlich zurück. Unsere Haltung war kein Komödientenspiel, vielmehr die Haltung der Mehrheitsparteien, die jenseit die Wahl des Ministerpräsidenten okkupierte, obwohl sie nicht auf der Tagesordnung stand. Die Deutsche Volkspartei konnte mit uns herausgehen. Es hätte auch in einer zweiten Sitzung die Wahl nicht erfolgen können. (Unruhe.)

Sie werden erleben, daß Herr Fellsch wieder von seinem Platze herunter muß.

Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen. Die Anträge der Abg. Bentler und Dr. Kaiser werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten abgelehnt.

Die Deutschnationalen verlassen den Saal. Darauf erfolgt die

Vereidigung des Ministerpräsidenten.

Er leistet den Eid, indem er bei erhobener rechter Hand die Worte spricht: „Ich schwöre Treue der Landesverfassung.“ Die Sitzung wird auf eine halbe Stunde vertagt, um dem Ministerpräsidenten, wie Präsident Winkler sagt, Gelegenheit zu geben, das Kabinett zusammenzustellen und die Minister zu vereidigen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gibt Ministerpräsident Fellsch folgende Erklärung ab:

Nachdem ich meinen Eid geleistet und damit mein Amt als Ministerpräsident angetreten habe, habe ich zu weiteren Mitgliedern der neuen Regierung des Freistaates Sachsen die folgenden Herren berufen:

- Minister Liebmann als stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister des Innern,
- Minister Feldt als Finanzminister,
- Minister Fleißner als Minister für Volksbildung,
- Minister Ren als Justizminister,
- Gewerkschaftssekretär Eisner als Arbeitsminister.

Alle diese Herren haben sich zur Annahme des Amtes bereit erklärt. Ueber die Neubestellung des Wirtschaftsministeriums sind die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen. Ich werde deshalb vorübergehend die Leituna des Ressorts selbst mit übernehmen.“

Dollar (Amtlich): 130 000 Millionen

Vertagung der Regierungskrise im Reich.

Noch keine Entscheidung über das sozialistische Ultimatum.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 1. Nov. Der Reichskanzler Dr. Siegelmann liegt krank darnieder. Auf heutige Sitzung des Reichskabinetts hat er das Bett nicht verlassen. Die für heute vormittag angeordnete Sitzung des Kabinetts wurde deshalb verschoben.

Trotz seiner Erkrankung empfing der Reichskanzler heute abend die Führer der sozialdemokratischen Partei, die nochmals ihre bereits bekannten Forderungen und Wünsche vorbrachten. Der Reichskanzler erklärte den sozialistischen Führern, daß das Kabinett dazu hätte noch nicht Stellung nehmen können. Es soll am Freitag erfolgen. Die Fraktionsführer begaben sich darauf in den Reichstag und teilten dies dort in voller Stärke anwesenden Fraktion mit, die darüber beschließen sollte, ob die Sozialisten im Reichskabinett bleiben oder nicht. Man beschloß dann, am Freitag nachmittag nochmals zusammenzutreten. Auch die übrigen Koalitionsparteien werden morgen zur Besprechung der Lage zusammentreten. Innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion gewinnt die oppositionelle Strömung unter dem Eindruck der verhängnisvollen Marktkatastrophe ganz unverkennbar an Boden.

Die Reichsregierung und die Forderungen der Sozialdemokraten.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 1. Nov. Ueber die durch den gestrigen Fraktionsbesitz der Sozialdemokraten geschaffene Lage wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Forderungen der Sozialdemokraten nicht in allen Punkten in Einklang mit den Richtlinien der Reichsregierung stehen, die diese seit Beginn ihrer Tätigkeit verfolgte. Die Reichsregierung könne sich aber von ihrer Gesamtlinie in keiner Weise abbringen lassen. Man wird daher, wenn man die Aussichten der sozialdemokratischen „Voraussetzungen“ für ein weiteres Verbleiben im Kabinett im voraus beurteilen wird, wohl zu der Auffassung kommen, daß über diese verschiedenen Wünsche diskutiert werden wird und daß diejenigen Punkte, die sich mit dem Programm der Regierung vereinbaren lassen, ihrer Erfüllung zugeführt werden. Das könnte zum Beispiel auf den allmählichen Abbau der Reichsbeamten in Sachsen zutreffen. Die vor kurzem in Berlin abgehaltene Konferenz der Ministerpräsidenten hat sich im Prinzip für einen Übergang vom militärischen zum zivilen Ausnahmezustand „im gegebenen Zeitpunkt“ ausgesprochen. Wenn nun die Forderungen der Sozialdemokraten, wie man vernimmt, nicht ultimativ Natur sein sollen, so wäre es denkbar, daß auf dem Wege von weiteren Verhandlungen eine Verständigung über die jetzt in der Großen Koalition vorhandenen Differenzen zu erzielen wäre.

Der bayerische Ministerrat zu den Forderungen des Reiches.

Berlin, 1. Nov. Amlich wird aus München mitgeteilt: Der bayerische Ministerrat hat sich gestern mit der von der Reichsregierung an die bayerische Regierung gerichteten Frage beschäftigt, ob sie bereit sei, in kürzester Zeit die verfassungsmäßige Wehrmacht im bayerischen Teile der Reichswehr wieder herzustellen. Die bayerische Staatsregierung hat am 2. Oktober den bayerischen Teil der Reichswehr zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Interessen bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen dem Reich und Bayern als Treuhänderin des deutschen Volkes verpflichtet. Diese Maßnahme ist auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erfolgt, der dadurch geschaffene Zustand ist daher also verfassungsmäßig. Die Veranlassung dazu bildete der neuerliche Eingriff in die bayerischen Hoheitsrechte, er hat die grundsätzliche Frage des Verhältnisses zwischen Reich und den Ländern aufgeworfen. In erster Linie muß diese Frage im Interesse des Reiches und der Länder einer endgültigen Lösung zugeführt werden, um Sicherheit dafür zu schaffen, daß Konflikte zwischen Reich und Ländern für die Zukunft unmöglich werden, wie sie bisher Jahr für Jahr das friedliche Leben des Reiches und der Länder erschüttert haben. Einigkeit bestand auch darüber, daß eine Änderung im Oberbefehl des bayerischen Teiles der Reichswehr untragbar wäre. Die Fassung der von der Reichsregierung zu erzielenden Antwort bleibt weiteren Beratungen vorbehalten.

Frankreichs Widerstand gegen die Sachverständigenkonferenz.

Poincarés Antwort an England.

Paris, 1. Nov. Poincaré nimmt nach sicheren Informationen den Vorschlag Englands, eine gemeinsame Einleitung der Alliierten an Amerika zu senden, an, aber er macht den Vorbehalt, daß er, wie er das in den nächsten Tagen in London zum Ausdruck bringen wird, in seiner Rede in Champagny formuliert hat, jetzt in seiner Antwort an die englische Regierung verlangt, daß in dem Einleitungsbrief an Amerika eine kleine aber bedeutungsvolle Forderung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, Poincaré verlangt, daß an dieser Stelle vor das Wort „Zahlungsfähigkeit“ der Zusatz „angemessene“ eingefügt wird. So akzentuiert die französische Ministerpräsidenten des Aktionsplans der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz von vornherein einschränken, um verhindern zu können, daß die Sachverständigen sich irrtümlich mit der Frage der Gesamtheit der deutschen Schuld beschäftigen. Poincaré kommt in seiner Antwort an England nochmals auf die üblichen Vorbehalte zurück, die er bereits in dem diplomatischen Meinungsäusserung der letzten Tage stänblich wiederholt hat und erklärt nochmals, es müsse ausdrücklich festgelegt werden, daß die Mission der Sachverständigenkommission von der Reparationskommission bestimmt wird. Man laßt zu wissen, daß in der englischen Note weder ein bestimmter Ort noch ein bestimmtes Datum für die Tagung der Sachverständigen vorgeschrieben worden ist. Es ist jedoch richtig, daß man in allen beteiligten alliierten Staaten sich darüber einigt, daß die Sachverständigen einen Teil ihrer Arbeit in Berlin vornehmen müssen und sich also zeitweise in Berlin aufhalten werden, so wie das die Reparationskommission hier und da getan hat.

Eine neue Sekrede Poincarés.

Paris, 1. Nov. Poincaré hielt heute nachmittag bei der Enthüllung eines Denkmals in Revers eine Rede. Er betonte, daß Frankreich unter allen Umständen ein Recht auf seine militärische Sicherheit habe, da die Sicherheitsfrage den Frieden der ganzen Welt berühre, und es habe auch ein Recht auf seine Reparationen, weil diese ihm der Friedensvertrag selbst zugesagt hätte. Wenn Deutschland heute das verabschiedete Schauspiel eines ruinierteren Staates biete, in dem ein Teil der Bevölkerung zum Elend verurteilt sei, während der andere im Wohlstand lebe, so sei das keine eigene Schuld. Deutschland sei reich geblieben. Es verfolge über ungeheure Reichtümer, die in den Händen der Großindustrie und der Großbanken vereinigt seien. Dieser Reichtum würde die Reparationen bezahlen. (1) Keine der auseinanderfolgenden Regierungen in Berlin habe aber den Mut gehabt, es dazu zu zwingen und sich von einer Bureaokratie zu befreien, die durch den imperialistischen Geist vergiftet sei und keine der Regierungen habe auch die Propaganda der Resonanz und des Hasses verschübert, die in höheren und niederen Schulen gegen Frankreich getrieben werde. Die

Blutige Zwischenfälle in Großenhain.

Das Bezirkskommando teilt mit: Von der Reichswehr wurde bis 1. November die Gegend von Großenhain und Friedersgrün und die Linie von Schöppigen-Oberhainauwisch erreicht. In Großenhain wurde am 30. Oktober ein Kommando von vier Reichswehrgenossen, das einen Verhafteten zum Amtsgericht führen sollte, auf dem Markte von der Menge umringt und mißhandelt. Die Polizei alarmierte das Kommando des Reiterregiments 12, das sofort in die Stadt rückte, das Kommando befreite, die Straßen säuberte und die Ordnung wieder herstellte. Da die Menge hierbei den Anordnungen der Truppe nicht Folge leistete, wurde bestimmungsgemäß von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. 15 Personen wurden verwundet. In der Nacht zum 1. November wurden auf der Kaserne in Großenhain einzelne Schüsse abgegeben. Außerordentlich streiften zurück, ohne die Täter ermittelt zu haben.

Bildung neuer proletarischer Hundertschaften?

Am Dienstag hatten in Bayreuth, entgegen dem Verbot des Bezirkskommandos, die Kommunisten in roten Plakaten zur Bildung von Hundertschaften aufgerufen. In den Gassen und Häfen nördlich von Bayreuth haben sich dann auch proletarische Hundertschaften gebildet. Diese unternahmen in den letzten Nächten wiederholt Fahrten in die landwirtschaftlichen Dörfer. Am Mittwoch erschienen sie plötzlich auf den Rittergütern und Adelshöfen und verhafteten Wohnungen und sonstige Räumlichkeiten nach Waffen zu durchsuchen. Das nächtliche Unwesen der Banden hatte die Gegend in Aufregung versetzt und es wurde schließlich polizeiliche Hilfe angerufen. Mehrere Hundertschaften Schuß machten Streifen durch die bedrohten Gegenden und nahmen die Ausrüstung der auf Bahnhöfen ins Bauern Wesen eingeliefert wurden. Die Arbeiterschaft Bayreuth hat sich mit den Räuberführern solidarisch erklärt und in einem offenen Schreiben an den Garnisonskommandanten die Freilassung der Verhafteten gefordert. Dieser verweigerte die Petenten jedoch an das Bezirkskommando in Dresden.

Übermalige Erhöhung der Posttarife.

Berlin, 1. November. Der seit dem 1. November geltende Posttarif wird mit Wirkung vom 3. November vergrößert und zum Teil noch mehr erhöht werden. Von diesem Tage ab kostet die Postkarte im Ortsverkehr 200, im Fernverkehr 300 Millionen M., der Brief bis zu 21 Gramm im Ortsverkehr 300, im Fernverkehr 1000 Millionen M.

Keine Kampfront der Beamten

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 1. Nov. Die von Beamtenseite mitgeteilte, daß die Bemühungen um eine Kampfront einigt hat der deutschen Beamtenverbände gescheitert.

Die Lohnmehrfacher für Beamte und Staatsarbeiter.

Berlin, 1. Nov. Auf Grund der heutigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Arbeiter und Angestellten wurde die Lohnmehrfacher für die Arbeiter für die laufende Woche auf 20 Millionen und die Mehrlöhler für die Beamten auf 40 Millionen für das erste Monatsviertel festgesetzt (M.D.).

Wesentliche Einschränkungen des Eisenbahnverkehrs.

Berlin, 1. Nov. Die Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftslage und die Pflicht zu äußerster Sparlichkeit veranlaßt die Reichsbahn, alsbald einschneidende Einschränkungen im Personenverkehr vorzunehmen. Die vom Reichsverkehrsminister bereits angekündigten Maßnahmen werden nach einem bereits festgelegten Plan, der auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse abgestimmt worden ist, von Montag, den 12. November, ab durchgeführt werden. Eine einjährige Restriktion des Fahrplans vom 1. Oktober fällt dann fort. An diese vorläufigen Einschränkungsmaßnahmen werden sich sofort die Vorarbeiten für den organisatorischen Aufbau eines neuen auf schmälerer Grundlage aufzubauenden Fahrplans anschließen, der wesentliche Einschränkungen bringen wird. Der neue Fahrplan wird allmählich schrittweise durchgeführt. Die Änderungen sollen allmählich in Kraft gesetzt werden, damit der Neuaufbau des Fahrplans binnen wenigen Monaten beendet ist.

Borarbeiten für eine internationale Anleihe an Deutschland.

London, 1. Nov. Dem „Daily Telegraph“ zufolge wird sich der Sachverständigenausschuß zur Festlegung der deutschen Reparationsfähigkeit voraussichtlich nach gewissen neutralen Ländern begeben, um auch Unterstützung ihrer Bereitwilligkeit, einen Beitrag zu einer internationalen Anleihe zu leisten oder an der Festlegung der dortigen deutschen Güter mitzuwirken.

Die am letzten Sonntag, erklärte Poincaré, zulassen zu wollen, daß die Reparationskommission die derzeitige Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfe und darüber hinaus die deutsche Zahlungsfähigkeit für eine kurze Zeitperiode festsetze. Demgegenüber man von der Reparationskommission keine Revision ihrer Beschlüsse, der Höhe der Reparationsschulden und keine Festlegung auf unbestimmte Zeit verlangen. Schließlich betonte Poincaré, er wolle mit Deutschland selbst Beziehungen guter Nachbarschaft aufbauen, aber an Verträge lasse er nicht rütteln.

Die Opposition in Amerika.

Washington, 1. November. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington: Die Opposition des Senators Mac Cormick gegen eine Beteiligung der Vereinigten Staaten an den Arbeiten des geplanten Sachverständigen Ausschusses zur Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit findet in den Reihen der „Unverschämten“ keine große Unterstützung. Insbesondere setzte sich Senator Borah dafür ein, daß der Regierung freie Hand gegeben werde. Borah, der gestern eine längere Unterredung mit dem Präsidentschaftssekretär hatte, hat erklärt, daß er gegen eine Beteiligung der Vereinigten Staaten an dem Ausschusse keinen Widerspruch erheben werde, obwohl er allerdings persönlich die härtesten Zweifel hege, daß das Befahren zum Ziele führe, und daß er beispielsweise die Untersuchung des Sachverständigen Ausschusses unter die Reparationskommission, wie sie von Frankreich verlangt worden sei, für ein unüberwindliches Hindernis halte. Die Regierung habe unterdessen nach der „Chicago Tribune“ gestern hademilich der Organisation des Sachverständigen Ausschusses mitgeteilt, daß sie in vollem Umfange befreit sei. (M. T. B.)

Aufhebung der Ausfuhrabgabe für die Presse.

Berlin, 1. Nov. In den nächsten Tagen wird die Ausfuhrabgabe für die Presse durch eine Verordnung des Reichsfinanzministeriums mit Wirkung vom Tage nach der Verkündung aufgehoben. Dadurch wird für die Ausgabe eine weitere Erleichterung geschaffen. Die Abgabe ist bis zum Inkrafttreten der Verordnung durch Verwendung von Rückstellungensmarken oder im Doppelstempelverfahren zu entrichten.

Der Ministerpräsident teilt weiter mit, daß er den von ihm berufenen Herren sämtlich den Eid auf die Reichs- und die Landesverfassung abgenommen habe. (Kursus von den Kommunisten: Den Schilling abnehmen sie gleich mit.)

Das Haus erklärt sich mit dem Vorschlage des Präsidenten einverstanden. Punkt 2 der Tagesordnung: Abgabe einer Regierungserklärung, von der Tagesordnung abzuweichen. Die nächste Sitzung soll am Dienstag nachmittag um 1 Uhr mit folgender Tagesordnung stattfinden: Regierungserklärung, Aussprache darüber.

Herr Dr. Kaiser bringt darauf einen Antrag auf Auflösung des Landtages ein. Auch dieser Antrag wird am Dienstag verhandelt werden.

Arbeitsminister Eisner

Es ist auf dem rechten Flügel der sozialdemokratischen Partei. Er ist langjähriger Sekretär des Sattlerverbandes, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Sachsen und Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins für den Bezirk Dresden-Mitte. Seit einigen Jahren gehört er dem Stadtwahlmännerkollegium an und führt in seiner Fraktion den Vorsitz.

Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei bittet um Aufnahme des folgenden:

In einem Teile der Öffentlichkeit ist die irrige Meinung entstanden, als ob die Deutsche Volkspartei der Wahl des Ministerpräsidenten zugestimmt hätte. Demgegenüber legt die Deutsche Volkspartei Wert auf folgende Feststellung: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei wäre, um die Schwierigkeiten in Sachsen möglichst schnell zu beseitigen und die Einheitlichkeit der Reichspolitik zu unterstreichen, bereit, eine rein sozialistische, aber völlig kommunistisch reine Minderheitsregierung auf verfassungsmäßiger Grundlage zuzulassen unter folgenden Bedingungen:

1. Sofortiger Rücktritt des Kabinetts, sobald die Deutsche Volkspartei es verlangt.
2. Präsentation solcher Ministerkandidaten, deren Persönlichkeit den vollen Bruch mit der kommunistischen Politik Dr. Seigners gewährleistet.

Diese zweite Bedingung ist nicht erfüllt worden. Die Damen eines Graupe, Liebmann und Fischer waren für die Fraktion der Deutschen Volkspartei ein Beweis dafür, daß die Zustände, wie sie vor dem formellen Rücktritt der Kommunisten in das Kabinett Dr. Seigner bestanden, weiter fortgeführt werden sollten. Liebmann, Fischer und Graupe mußten als Vertrauensleute der Kommunisten bezeichnet werden. Einer aus solchen Mitgliedern zusammengefügten sozialistischen Minderheitsregierung zuzustimmen, war für die Deutsche Volkspartei ausgeschlossen. Infolgedessen hat sie die Mitwirkung bei der Regierungsbildung bestimmt und entschieden abgelehnt. Die Verantwortung für ein solches Kabinett selbst tragen infolgedessen nur die Demokraten und Sozialdemokraten. Da beide Parteien über keine Mehrheit im Landtage verfügen, so hält die Deutsche Volkspartei die Lage für durchaus unersetzbar und wird daher eine Klärung mit allen parlamentarischen Mitteln zu erzwingen suchen.

Aufhebung der Verordnung vom 29. Oktober.

Das Ende der Mission Dr. Seigners.

Berlin, 1. Nov. Der Reichspräsident hat, nachdem inzwischen in Sachsen eine neue Regierung gebildet worden ist, durch Verordnung vom heutigen Tage die am 29. v. M. auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Freistaats Sachsen wieder aufgehoben. (M. T. B.)

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Donnerstag abend nach der Verdringung des Ministerpräsidenten Reichs vor dem Landtage und der sofort darauf erfolgenden Verdringung der Minister wird die neue Regierung ihr Amt angetreten. Der Reichskommissar Dr. Seigner wird nach der Konstituierung der Regierung seine Funktionen sofort einstellen.

Errungen.

Unter dieser Überschrift erhalten wir aus unserem Feuillette die folgende Zuschrift:

Dem höchsten Volk ist am Reformationsstagmorgen eine große Enttäuschung bereitet, den bürgerlich Klamenten ein Fünfteltag ins Gesicht verlegt worden. Das Parlament und die bürgerlichen Parteien haben wieder einmal versagt, es wurde ein Ministerpräsident gewählt, dessen Ministerium (mit Liebmann, Neu, Graupe als bisherige Minister) dem abgerechneten fast aufs Haar gleich. Die Männer, die am Dienstag noch in Sachsen den Generalstreik proklamierten, sind nun wieder zu den Führern des Volkes, der Wirtschaft und des nationalen Gedankens ernannt worden.

Mit Beugung, Freude und Dank wurde in diesen Tagen der Reichsregierung gedacht, die den Mut und den Weg fand, in Sachsen verfassungsmäßige Verhältnisse herbeizuführen. Der Reichspräsident übert ertheilt einem Reichskommissar die weitestgehende Vollmacht, die wohl je in einem Staate — außerhalb einer Revolution — in Deutschland jedenfalls zum ersten Male erteilt worden ist. Ausgerechnet ein Reichspräsident, der Sozialist ist und aus der Arbeiterfront kommt, entschließt sich zu solch einem nicht leichten Schritt. Welche Gründe müssen vorgelegen haben, diese Maßnahme zu rechtfertigen, Gründe, die weit schwerer wiegen, als die einem jeden im Volk erkennbaren Vorgänge, wie Aufregung, Furcht, Unruhe usw.

Inmitten Sorgen und Abend vollzog sich eine Grotte, über die man eine Zaire schreiben müßte, wenn es nicht zu bitter ernt wäre. Am Morgen noch ein Interimsministerium mit Männern und Namen von gutem Klang; am Abend sitzen die alten Minister wieder im Kabinett. Wer trägt daran die Schuld, wer die Verantwortung? Es wird zu prüfen sein, und sofortige Aufklärung ist dringend notwendig, welche Rolle der Reichskommissar Dr. Seigne gespielt hat, ob er sich ausfahalten ließ und wie die Instruktionen gelaufen haben! Es wird weiter zu prüfen sein, ob die Fraktionen der politischen Parteien ihre Pflicht erfüllten. Es ist im Wandelange des Landtags bekannt geworden, daß die deutschnationalen Fraktion zu Verhandlungen nicht zugezogen worden ist und selbst bis 1 Uhr abends noch in der Annahme lebte, es werde eine Koalition zwischen Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten zustande kommen. Kurz vor 9 Uhr abends erfuhren die Deutschnationalen von den Volksparteikern, daß auch letztere nichts wußten! Also bleibt eine Koalition zwischen Demokraten und Sozialdemokraten übrig! 10 Uhr abends ist es zweifelhaft, wieviel und welche Demokraten in das neue Kabinett eintreten. Kurz vor Mitternacht erfuh man, daß die Sozialdemokraten dem schicksalichen Volk eine sozialistische Minderheitsregierung zu bieten wagen!

Wie ist es denkbar, daß die bürgerlichen Fraktionen am Dienstag von vormittags 10 Uhr bis nachts 12 Uhr neben-einander Sitzungen abhalten, ohne zu wissen, was vorgeht, ohne sich zu verständigen, ohne nicht wenigstens den Versuch gemacht zu haben, wenn auch nicht gleich eine bürgerliche Regierung, so doch eine Koalitionsregierung auf breiter Grundlage zu erreichen. Statt dessen sehen die Fraktionen Impotent zu, wie sie von den Sozialisten genasführt werden. Ist es ferner richtig, und diese Frage ist erlaubt, öffentlich zu stellen, daß die demokratische Fraktion Verhandlungen mit den Sozialisten pflog und davon die Deutsche Volkspartei verständigte, diese aber trotz der vielen gemeinsamen Punkte mit den Deutschnationalen letztere nicht unterrichtete.

Wie soll das Volk aus dem Elend herauskommen, wenn die Abgeordneten in einem Hause beieinander vorbeireden in einer Zeit, in der das Einende und wenn es noch so wenig sein sollte, gebieterisch eine gemeinsame Aktion erfordert. Wer ist daran Schuld? U. W. G.

Der Zusammenbruch der neuesten Markstützungsaktion.

Unmögliche Devisenpolitik.

Berlin, 1. Nov. In dem abermaligen Zusammenbruch der von der Reichsregierung organisierten Stützungsaktion für die Mark und dem daraus resultierenden starken Ansteigen des Dollarkurses wird von finanzmännlicher Seite auf die Unzulänglichkeit der während der letzten Tage angewandten Methode hingewiesen, den vorhandenen Bedarf an fremden Zahlungsmitteln so lange zurückzudrängen, bis er notwendigerweise alle Sicherungsmassnahmen erschöpfen muß. Wenn man in den letzten Tagen der Devisenbewegung aufmerksamer folgte und die verschiedenartigsten Versuche der Reichsbank in der Bekämpfung der Inflationen in Betracht zieht, so dürfte der heutige Tag durchaus nicht wundernehmen. Alle bisher angewandten Mittel, um sich des täglich wachsenden Bedarfs zu erwehren, blieben ergebnislos trotz aller früheren Stützungsaktionen. Man habe noch nicht einsehen gelernt, daß mit rein technischen Mitteln unserer Währung nicht zu helfen sei. War es der Reichsbank schon vor Monaten bei besseren fundamentalen Unterlagen nicht möglich, die Mark zu halten, so könne es ihr jetzt selbstverständlich um so weniger gelingen, wo ihre eigenen Bestände sich von Tag zu Tag empfindlich lichten. So seien denn die Erscheinungen der heutigen katastrophalen Markentwertung nichts weiter, als die Folge einer unzulänglich weiter zu betreibenden Devisenpolitik. Unter allen Umständen müsse jetzt ein Weg gefunden werden, um aus diesem Elend des täglichen Niederganges unserer Mark herauszukommen.

Die Notensprende am Ende ihrer Leistungsfähigkeit.

Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung. Berlin, 1. Nov. Die Folgen, die sich aus dem heute eingetretenen endgültigen Scheitern aller Stützungsaktionen für die Mark ergeben werden, dürften sich in einem ganz unvorstellbaren Umfang bemerkbar machen, denn die Billionen oder Trillionen Papiermark neu zu drucken, mit dem in der Geldumlauf halbwegs aufrechterhalten werden kann, ist unmöglich. Auf die Unmöglichkeit, solchen Anforderungen entgegen zu treten zu können, hat vor Kurzem die Reichsbank auch selbst hingewiesen. Die Milliardenheine sind wertlos Papierfetzen geworden, und alle Arbeiten und alles Material, das in die Herstellung dieser Geldscheine gesteckt worden ist, ist einfach verloren. Die Billion ist nur noch 5 Dollar wert, und dieser größte deutsche Schein dürfte noch kaum im Umlauf sein, ehe er sich vollständig auf Kleingeld vermindert hat. Noch fürchtbarer dürften aber die Folgen dieses Markzusammenbruchs für die in ihrer Kaufkraft ohnehin längst am Ende angelegte Bevölkerung sein. Es ist kein Wunder, daß sich unter solchen Verhältnissen selbst in den der Regierung nachstehenden Kreisen Stimmen erheben, die dieser in schärfer Weise vorwerfen, daß sie durch ihre, von jedem Sachkenner von Anfang an als aussichtslos beurteilte Stützungs-

aktion die elementarsten Regeln der Volkswirtschaft außer Acht gelassen und in höchst kritischer Situation eine Erschütterung gebracht hat, die in allen politischen und sozialen Erscheinungen unseres Volkes hingenommen und Verwirrung auf allen Seiten auslöst. Nach Ansicht dieser Kreise wäre es zu allererst notwendig, daß die Fesseln von unserer Wirtschaft genommen würden, die deren natürliche Kräfte lähmten. Die bisherigen Maßnahmen seien nicht das, was wir jetzt brauchen, im Gegenteil, wenn die deutsche Wirtschaft von allen Maßnahmen verschont geblieben wäre, die wohl in der besten Absicht, aber stets mit negativem Erfolge durchgeführt werden, wäre das deutsche Volk niemals in dieses Elend geraten.

Es verdient höchste Beachtung, daß selbst diese Kreise, auf deren Vertrauen sich das Kabinett Stressemann stützt, es darauf anmerken lassen, es nicht so weit kommen zu lassen, daß schließlich die Wirtschaft die Fesseln sprengt und vielleicht unter den ungünstigsten Nebenwirkungen, aber auf jeden Fall in Richtung auf weitere Existenzmöglichkeit des Volkes, ihre natürlichen Kräfte wieder erregt. Welche Maßnahmen die Reichsregierung jetzt ergreifen wird, um die Folgen des Markstürzens wenigstens abzumildern, ist im Augenblick noch ungewiß. Jedenfalls traten schon am heutigen Nachmittag, als die Tageskurse bekannt wurden, die zuständigen Stellen, wie Finanz- und Wirtschaftsministerium in Beratungen ein. In führenden Wirtschaftskreisen wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es nun höchste Zeit sei, endlich an die Einführung einer reinen Goldwährung zu gehen, da alle mit der Papiermark verknüpften Behaltensmöglichkeiten nicht mehr bestehen, das Liebel an der Wurzel zu fassen. Jetzt die Papiermark als alleiniges Zahlungsmittel noch bestehen zu lassen, käme einem Verbrechen am Volke gleich, da ein Zahlungsmittel, das an Wert höchstens Marktpapierwert besitzt, eben kein Geld mehr sei.

Das Reichsarbeitsministerium zur Berechnung des Lohnes in Goldmark.

Berlin, 1. Nov. Im Reichsarbeitsministerium wurde gestern die Frage des Überganges zur Berechnung des Lohnes in Goldmark mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingehend durchgesprochen. Eine Fortsetzung der Besprechung ist in Aussicht genommen. Die Höhe der Goldlöhne kann nach Ansicht des Reichsarbeitsministers nicht durch Umrechnung der derzeitigen Papiermarklöhne nach einem Zufallskurs ermittelt werden. Sie ist vielmehr unter genauer Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse im Einzelfalle sorgfältig zu prüfen. Beim derzeitigen Stande der Gütermenge und Güterzeugung werden die Friedenslöhne nicht erreicht werden können. Einen wertvollen Anhalt bei der Bestimmung der Lohnhöhe werden die zentralen Vereinbarungen der großen Berufsgruppen geben. (W. T. B.)

Verliches und Sächliches.

Die sächsische „Verordnung zur Erhaltung der Arbeiter in den Betrieben“ aufgehoben.

Die schon gemeldet, in diese Verordnungen durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung der Reichsregierung aufgehoben worden. Gleichwohl hat der sächsische Arbeitsminister Straupe den Standpunkt festgehalten, daß die sächsische Verordnung im Widerspruch zu dem Reichsrecht gälte. Diese juristisch völlig unhaltbare Auffassung hat der Reichssozialminister nicht geteilt und alsbald nach seinem Amtsantritt angeordnet, daß die sächsische Verordnung nicht zu Recht bestehe, nachdem das Reich sie aufgehoben habe. Damit ist die Rechtslage geklärt, daß auch für Sachsen nur die Reichsverordnung gültig ist.

Zu den Vorgängen in Freiberg.

Vom Standortkommando Freiberg wird folgendes veröffentlicht: In der Stadt werden böswillige Gerüchte verbreitet, die belügen:

1. Die Truppe habe bei den Straßenkämpfen Tum-Tumgeschosse benutzt. Dies ist gelogen. In der Reichswehr, wie überhaupt im früheren deutschen Heere sind niemals Waffen und Munition, die gegen das Wiener Abkommen verstoßen verwendet worden.

2. Die Freiburger Truppe habe gemeutert, weshalb preussische Verbände zu den Straßenkämpfen herangezogen worden seien. Auch dies ist glosse Erfindung, die kaum ernst genommen werden kann.

3. Die Truppe habe im Straßenkampf ein Maschinengewehr in Händen der Anführer lassen müssen. Auch dies ist gelogen!

Nichtig ist, daß einem Verwundeten ein Gewehr entziffert wurde. Der Täter wurde jedoch bald darauf mit der Waffe in der Hand festgenommen.

Gegen böswillige Verbreiter dieser Gerüchte wird strafrechtlich eingeschritten werden.

Die Zahl der Todesopfer ist auf 27 festgelegt.

Wie der „Freiburger Anzeiger“ schreibt, sind bei den blutigen Zusammenstößen am Sonnabend auch einige an den Vorgängen völlig unbeteiligte Personen das Opfer ihrer Unvorsichtigkeit geworden. So lies sich ein junger Mann, der sich auf einem Geschäftsweg befand, verleiten, auf dem Flusse zu verweilen. Er wurde durch eine Kugel getötet. Ein Herr erlitt schwere Verletzungen, an denen er inzwischen verstorben ist. Er hatte sich kurz zuvor von seiner Gattin getrennt, um die Dinge zu beobachten. Es sind verhältnismäßig viele Pauschüsse zu verzeichnen. Die Erklärung dafür ist in der Tatsache zu finden, daß die Reichswehr nach den Weinen der Angreifer zielte. Die Geschosse erreichten den Erdboden, sprangen von diesem zurück und erzeugten als Querschläger die schweren Verletzungen, die das völlig unbegründete Gerücht entstehen ließen, es sei mit Tum-Tum geschossen worden.

Mitteilungen aus der Gesamtsitzung vom 30. Oktober 1923.

Zur Einrichtung von öffentlichen Wärmestuben wird ein Berechnungsgeld von 2 Millionen Mark bewilligt.

Schulinderpeinungen. Der bei der Kinderpeinung im Sommer dieses Jahres entstandene Fehlbetrag von rund 1 1/2 Milliarden Mark wird unter Anerkennung der Dringlichkeit nachbewilligt. Zum Ankauf von Zuschußlebensmitteln für die Winterpeinung wird in Erweiterung des früheren Beschlusses ein Berechnungsgeld von 1 Billion Mark bewilligt.

Der Frauerverein zu Dresden sah sich nach mehr als hundertjähriger Tätigkeit im Dienste der freiwilligen Wohlfahrtspflege genötigt, wegen fehlender Mittel den Betrieb seiner sieben Kinderanstalten, die rund 400 Kinder betreuen, mit dem 31. Oktober einzustellen, und hat die Anstaltsgrundstücke mit Inventar der Stadtgemeinde kostenlos überlassen. Da der Weiterbetrieb unbedingt notwendig ist, hat das Fürsorgeamt darüber mit dem Dresdner Verein der Kinderfreunde ein Abkommen getroffen, wonach die Stadt den Aufwand für Personal, Heizung und Beleuchtung übernimmt, die übrigen Betriebskosten vom Verein und durch Elternbeiträge aufgebracht werden. Die erforderlichen Mittel werden unter Anerkennung der Dringlichkeit bewilligt.

Städtische Unfallfürsorge für die Sanität. Man beschließt, die den Mitgliedern der freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz bereits gewährte Unfallfürsorge auch den Mitgliedern der Arbeiter-Samariter-Kolonne und der freiwilligen Sanitätskolonne des Samaritervereins zuzuwenden. Danach gewährt die Stadt verunglückten Mitgliedern der Samariterkolonnen eine Entschädigung nach den Bestimmungen des sächsischen Unfallfürsorgegesetzes für Beamte vom 1. Juli 1902, wenn sie vom Wohlfahrtsratspräsidenten zu Hilfeleistungen zugelassen worden sind, während in anderen Fällen Unterzulassung nach Prüfung des einzelnen Falles eintritt.

Lagerplätze auf öffentlichen Straßen. Auf Eruchen der Stadtverordneten, künftig Lagerplätze für Baumaterialien auf ausgebauten Straßen und Plätzen nicht mehr zu genehmigen, beschließt man, von Fall zu Fall danach zu entscheiden, ob eine wesentliche Verletzung der Anwohner eintritt.

Aktive Hilfe Frankreichs für die Separatisten.

Bezeichnende Erklärungen des Hochverrätlers Smeets.

Paris, 31. Okt. Die kommunistische „Humanität“ veröffentlicht einen Bericht ihres Korrespondenten aus Düsseldorf, der am 26. Oktober eine Anzahl von Dokumenten in Händen hatte, die sich auf den rheinischen Separatismus und seine Entwicklung in den letzten sechs Monaten beziehen. Darunter befindet sich auch eine Korrespondenz mit der Befehlshaberbehörde. Die Papiere beziehen sich hauptsächlich auf die Partei Smeets. In einer Versammlung vom 1. Juli, die in Köln stattfand, hat nach diesen Dokumenten Smeets erklärt, der französische Delegierte habe ihm im Spital erklärt, er könne auf die aktive Hilfe Frankreichs zählen. England wäre logischerweise Frankreich, aber Frankreich lege eben die letzte Hand daran, um sich England widersehen zu können. Eventuelle Gegenmaßnahmen würden alsbald durch die Truppen niedergeschlagen. Smeets erklärte weiter, die Führer der Parteien und Gewerkschaften, die den Widerstand organisieren würden, würden verhaftet und wenn möglich ausgewiesen. Die Truppen würden den Massen von den Franzosen erhalten. Dorten erhalte eine große finanzielle Unterstützung seitens der französischen Regierung, um den Staatsstreik möglich zu machen. Smeets habe darauf noch auseinanderzusetzen, er wünsche eine Erklärung der Militärbehörde und auch der französischen Regierung über den Grundhalt der allgemeinen Hilfe. Dann könnten die Proklamationen erfolgen. Diejenigen, die dagegen stimmen, würden ausgewiesen. Die Dokumente enthalten alsdann den inneren Streit in der Partei Smeets, der schließlich zum Aufkommen von Matthes führte. (W. T. B.)

Smeets will sich zurückziehen.

Paris, 1. Nov. Smeets erklärte in einer Unterredung mit dem Kölner Sonderberichterstatter des „Excelsior“, daß er mit dem Tun und Treiben der augenblicklichen aktiven Sonderkämpfer im höchsten Grade unzufrieden sei. Er werde sich

für die nächste Zeit nach Volbringen zurückziehen. Wenn es möglich sei, werde er eines Tages zurückkehren. (W. T. B.)

Düren unter der Herrschaft separatischer Schwerverbrecher.

Die Franzosen auch hier als Helfershelfer der Verräter. (Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 1. Nov. Seit dem 22. Oktober steht Düren unter separatischer Schreckensherrschaft. Die Bürgerchaft verhält sich der Bewegung gegenüber völlig ablehnend. Die öffentlichen Gebäude werden von einer etwa 400 Mann starken Bande besetzt gehalten. Diese sogenannten Separatisten setzen sich zusammen aus Polen, die vermutlich zu diesem Zweck besonders aus Oberschlesien herangeholt worden sind, aus fremden Arbeitern, die aus dem Bahnhof Düren für die französische Regie gearbeitet haben, und aus allerlei zusammengelaufenem Gesindel. Sie sind mit Schusswaffen ausgerüstet und haben die zahlenmäßig schwache sächsische Polizei entmachtet. Zum Leiter der Polizei haben sie einen mit langem Schwanz vorbestraften Mann eingesetzt. Der Bürgermeister wurde vertrieben. Er liegt mit einer Schusswunde im Krankenhaus in Köln. Auf der Straße und in den Häusern nehmen die Leute alles weg, was ihnen beliebt, und stellen dafür sogenannte Requisitionsscheine aus. Als die aufs äusserste gereizte Bevölkerung am 27. Oktober verurteilt, die Verbrecher aus dem Rathaus herauszuwerfen, erschienen sofort aus der gegenüberliegenden Kaserne farbige französische Truppen mit aufgespanntem Seitengewehr und trieben die deutsche Bevölkerung auseinander.

Mehr als 6000 Billionen Mark geraubt.

Berlin, 1. Nov. Die Franzosen haben heute einen für die Reichsbank-Arbeitsstelle höher bestimmten Geldtransport im Betrag von 9000 Billionen fortgenommen. Der Gesamtbetrag der von den Franzosen und Belgieren beschlagnahmten Reichsbankgelder hat damit die Summe von 6000 Billionen Mark überschritten. (W. T. B.)

Drachlose Telephonie mit Draht.

Eine „technische Nothilfe“.

„Die Not bringt seltsame Schlafgezeiten!“ sagte der Fernsprechdraht — da wurde er mit Hochfrequenz geliebt. Zu melden — so lautet Artur Fuhr höchst anschaulich eine Darstellung des drahtlosen Wechselstroms im ersten Band seines großen und unmaßstabes Werkes über „Das Weltreich der Technik“ —, du meldest in Berlin ein Gespräch nach Hannover an und wirst in überraschend kurzer Zeit verbunden. Du unterhältst dich mit deinem Geschäftsfreund in jener Stadt, die 300 Kilometer entfernt ist, und sagst Dir am Ende der Unterredung: so fürnngsdreit habe ich kaum je mit Hannover gesprochen, die Verständigung war fast besser als im Berliner Dialekt! Die Drahtverbindung muß ja ausgezeichnet in Ordnung sein!

Nun mußt du aber wissen, daß du wohl unter Benutzung des Drahts mit Hannover geredet hast, aber doch nicht durch den Draht. Dieser war während deiner Unterhaltung vielleicht gerade von einem deiner Konfuzienten in Anspruch genommen, der zu gleicher Zeit eine ihm nützliche, aber dich schädigende Transaktion mit Hannover verabredete. Die Reichspostverwaltung aber wollte dich trotzdem nicht warten lassen. Aus jarten elektromagnetischen Schwingungen kam sie eine zweite Verbindung zwischen Berlin und Hannover, die sich nur leicht auf den Draht stützte, so daß ein Doppelsprachgespräch stattfinden konnte, ohne daß die eine Sprechgruppe der anderen im geringsten gewahr wurde.

Und da wäre gar nicht erschaunlich, wenn zu gleicher Zeit noch ein drittes Gespräch an demselben Draht entlang stattgefunden hätte. Ja, wenn die notwendigen Einrichtungen in Berlin und Hannover getroffen gewesen wären, hätten sogar noch andere Sprechlustige zugelassen werden können. Ein Häuflein von sechs bis acht Personen hätte dann tapfer auf demselben Draht eingeredet und doch würde jeder nur das verstanden haben, was sein eigener Partner sprach.

Das hier angewendete Verfahren stellt wahrhaft eine technische Nothilfe dar. Man kann es kennzeichnen als drahtlose Telephonie mit Draht; denn es werden elektromagnetische Schwingungen hierbei verwendet, die am Draht entlanggehen. Die gegenwärtige Unzulänglichkeit der Fernsprechnetze nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern der Erde, ist bekannt genug. Es kann angelehnt der gewaltigen Kosten nicht daran gedacht werden, in absehbarer Zeit einen genügenden Ausbau der Leitungen herbeizuführen. Da schwingt die Fernsprechnetze ihren neuen Janus, die Hochvakuum-Senderröhre, und die Leitungen vervielfachen sich von selbst. Die Eigenschaft der Kettenwellen, bei ihrer Ausbreitung die

Richtung weitgedehnter leitender Flächen zu bevorzugen, wird hier instematisch ausgenutzt. Sind Send- und Empfangsapparat, zwischen denen ein drahtloser Verkehr stattfinden soll, auf irgend eine Art oder aus irgend welchem Grunde durch ein leitendes Medium miteinander verbunden, so kann genügende Reichweite schon mit einem so kleinen Sender erzielt werden, wie er sonst nicht ausreichend wäre. Eine gut isolierte Drahtleitung dient der Strahlung als ein Schlenkerweg, an den sie fest geführt wird. Der Draht ist, wenn der Sender in geeigneter Weise mit ihm in Verbindung gebracht wurde, von einem elektromagnetischen Hochfrequenzfeld umgeben, das an ihm haftet, aber nicht in ihn einbringt. Das Wunderbarste jedoch ist, daß mehrere solcher Hochfrequenzfelder um denselben Draht gelegt werden können, ohne daß das eine von dem anderen gestört wird. Bedingung ist nur, daß die Sender mit verschiedenen, nicht einmal so sehr weit auseinanderliegenden Frequenzen arbeiten. Am Ende des Drahtes vermag man dann mittels einer entsprechenden Vielzahl von Empfängern die Wirkung jedes einzelnen Senders von den Impulsen auszufordern, welche durch die anderen Sender hervorgerufen werden. Die Möglichkeit hierzu bietet selbstverständlich die Abstimmbildigkeit des einzelnen Empfängers auf die Frequenz des zugehörigen Senders.

Die Photosphäre der Sonne ist ein überaus vielfach unterteilter Sender, der elektromagnetische Schwingungen der verschiedensten Wellenlängen strahlt. Nachdem diese Frequenzen in einem Sonnenstrahl den Weltraum durchzogen haben, trennt man sie mittels eines Prismas voneinander und nimmt mit einem vielfältig abgestimmten Empfangsapparat, dem Auge, die einzelnen Wellenlängen getrennt als verschiedene Farben wahr. Diese physikalischen Vorgänge entsprechen genau den Geschehnissen bei der Hochfrequenz-Mehrfach-Telephonie. Sind die verschiedenen elektromagnetischen Strahlen in Gestalt von Wellenlängen mit konstanten Amplituden erst einmal längs des Drahtes angeordnet, so kann man über jeden einzelnen dieser Wege Sprachschwingungen schellen lassen, indem ein Mikrophon in jedem Sender die Amplituden entsprechend beeinflusst. Gleichzeitig kann der gewöhnliche Fernsprechverkehr durch den Draht selbst ungehindert stattfinden. Wird eine Doppelleitung verwendet, wie sie ja heute in den meisten Fällen zur Verfügung steht, so ist das Gegenprechen allen Telephonierenden gewährt. Zur Einrichtung eines gleichzeitigen Hochfrequenz-Sprechverkehrs in beiden Richtungen ist es nicht einmal notwendig, daß für das Hin und das Zurück die beiden Drähte derselben Drahtleitungseife benutzt werden.

Seit langem schon werden auf einer Doppelleitung zwischen Berlin und Frankfurt a. M. mittels überlagerteter Hochfre-

quenzschwingungen drei Siemens-Schnell-Telegraphen sechs bis acht Stunden lang täglich in beiden Richtungen betrieben. Denn in derselben Weise wie für Telephonie lassen sich die Hochfrequenz-Einrichtungen auch für die Telegraphie verwenden. Die hierbei erreichte Vorteiligkeit stellt einen Rekord dar. Es können nämlich nicht weniger als 400 Buchstaben in der Minute befördert werden. Auch die Überleitungen von Straßenbahnen und alle anderen antwortlosen Leitungen können für die Führung von Hochfrequenzschwingungen benutzt werden. Besondere Popularität dürfte sich in den nächsten Jahren die Drahtwellentelephonie im Bereich der Eisenbahn erwerben. Sie schafft die wunderbare Möglichkeit, auch aus dem fahrenden Zug heraus jeden Teilnehmer an dem Ferngespräch einer Stadt erreichen zu können, die an der durchfahrenen Strecke liegt. Bei einer solchen Einrichtung kann gleichzeitig aus dem Zug zum Bahnhof und vom Bahnhof zum Zug gesprochen werden. Die gleiche Art der Drahtwellentelephonie eignet sich auch vorzüglich für den Eisenbahndienst und zur Jagdsicherung. Die Einkamkeit des fahrenden Zuges hört auf. Die Jäger vermögen sich untereinander zu verstehen, wodurch besonders auf etwaelfachen Strecken die gefährliche Annäherung eines in entgegengekehrter Richtung fahrenden Zuges weit rechtzeitig fund werden kann. In absehbarer Zeit wird man dann gelangen, die Wirkung der Signale durch drahtlose Zeichen zu verstärken. Heute ist ein Zug bei dichtem Nebel stets ungenügend gesichert. Dem Wellen der drahtlosen Telegraphie aber ist es gleichgültig, ob die Luft sichtbar oder mit Wasserbläschen gefüllt ist. Mit ihrer Hilfe kann der Lokomotivführer unter allen Umständen über den Zustand der vorausliegenden Strecke benachrichtigt werden.

Die Technik des Fernsprechnetzes durch den Kether ist noch so jung, daß die Charakteranlagen dieser neuen Gattung der Nachrichtenvermittlung kaum noch erkannt werden können. Aber einfach dürfte der Tag kommen, an dem ein jeder drahtlos-telephonisch von jedem erreicht werden kann, sobald das richtige Aufsehen gegeben ist. Viel tiefer als jetzt wird es dann notwendig sein, einander von fern her zu besuchen — schade, daß das Reisen gerade dann erst bequem sein wird! Aber ein neues Gedicht dürfte singen: „Meine Ruh ist hin...“

Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Carmen“ (7). Schauspielhaus: „Macbeth“ (7). Neustädter Schauspielhaus: „Mörderohn Pier“ (1:58). Residenz-Theater: „Der Graf von Luxemburg“ (7:58). Neues Theater: „Die Dole“ (7:58).

Nr. 303 Dresdner Nachrichten, 2. Nov. 1923 Seite 3

Bermühles.

Dem Meere abgerungen.

Bedeutungsvoll, gerade in heutiger Zeit, da es gilt, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern...

Unter allen Vordringungsarbeiten der letzten Jahreszeit ist die Eindeichung der weithin vom Emden-Außenhafen belegenen Wattflächen der Karreter und Nabelsumer...

Börsen- und Handelsteil.

Die Richtlinien des Reichsverbandes der Deutschen Industrie für die einheitliche Durchführung der Goldrechnung.

Es kann festgesetzt werden, daß die Richtlinien des Reichsverbandes der Deutschen Industrie für die einheitliche Durchführung der Goldrechnung...

Die Richtlinien des Reichsverbandes der Deutschen Industrie für die einheitliche Durchführung der Goldrechnung...

Die Richtlinien des Reichsverbandes der Deutschen Industrie für die einheitliche Durchführung der Goldrechnung...

Die Richtlinien des Reichsverbandes der Deutschen Industrie für die einheitliche Durchführung der Goldrechnung...

Die Richtlinien des Reichsverbandes der Deutschen Industrie für die einheitliche Durchführung der Goldrechnung...

Die Richtlinien des Reichsverbandes der Deutschen Industrie für die einheitliche Durchführung der Goldrechnung...

Die Börsen von Dresden, Berlin und Leipzig blieben gestern, Donnerstag, geschlossen.

Berliner Börsenstimmungsbild vom 1. November.

Goldanleihe 100 Milliarden. Dieser Größensatz hat das heutige Devisen- und Wertpapiergeschäft das Gepräge...

Dresdner Börsenstimmungsbild vom 1. November.

Die lebhafteste Kaufstimmung, die sich gestern an der Berliner Börse geltend machte...

Berliner Produktendörse vom 1. November.

Die heutige (starke) Steigerung der Getreidepreise machte heute in noch heftigerem Tempo gewaltige Fortschritte...

Die heutige (starke) Steigerung der Getreidepreise machte heute in noch heftigerem Tempo gewaltige Fortschritte...

Die heutige (starke) Steigerung der Getreidepreise machte heute in noch heftigerem Tempo gewaltige Fortschritte...

Table with financial data: Wirtschaftsschlüssel der 'Dresdner Nachrichten' for 2. November 1923. Lists various assets and liabilities.

Grundrissen der Gesellschaft hypothekarisch gesicherte Goldanleihe in Höhe von 200.000 Goldmark...

Die Deutsche Inhaberkasse veröffentlicht im Inhaberanteil dieser Kasse eine Bekanntmachung...

Aussetzung der Realoffierungen an der Berliner Börse. An der Berliner Börse wurden amtliche Notierungen...

Angerer-Werke A.G. in Dresden. Nach der 'S. B. Ztg.' ist die angekündigte amerikanische Niederlassung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Internationale Erdölgesellschaft in Innsbruck. Vom 18. bis 22. November findet in Innsbruck eine internationale Erdölgesellschaft...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Die Preisbildung der Kartelle und Subjekte. Die Aufstellungen des Reichstages über die Preisbildung...

Dresdner Nachrichten, 2. Nov. 1923, Seite 8

Dr. 303

Dr. 303

Dr. 303

Bom Auto überfahren. Dr. jur. Karl v. Kühlmann, der Bruder des früheren Staatssekretärs des Außenministeriums...

Einbruch in die afghanische Gesandtschaft in Berlin. Bei einem Einbruch in die afghanische Gesandtschaft in Berlin wurden große Mengen Silber...

Ramp zwischen Jäger und Wilderer. Der Jagdaufsichtlicher traf in seinem Revier bei Gehlhausen einen wildernden Arbeiter...

Begegnung mit Kreisfahrern erschossen. Nach der 'S. B. Z.' am Montag hat in Frankfurt Frau Schlichthoff ihren Zwangsmeister...

100 Zentner Sprengstoffe verbrannt. Von einem großen Schadenfeuer heimgesucht wurde eine Scheune des der Gutsbesitzer gehörigen Gutes Muskendorf...

Verheiratung der schweizerischen Exulanten. In der Fischeo-Station ist die Verheiratung von Jubiläumskandidaten beendet worden...

Ein Flug von Holland nach Valavia. Ein Flug über eine Strecke von 1500 Kilometern, der Holland mit seinen ostindischen Kolonien verbinden soll...

Neue italienische Gebietsmarken. Nachdem bereits die Befestigung der Regierungsmarkten seitens der Faschisten durch die Ausgabe von Sondermarken...

Ein amerikanisches Duell. Die Zeiten von 'Wild Texas', in denen man 'keine Ehrenfragen' durch ein Duell über dem Schnupstuch...

Ein amerikanisches Duell. Die Zeiten von 'Wild Texas', in denen man 'keine Ehrenfragen' durch ein Duell über dem Schnupstuch...

Ein amerikanisches Duell. Die Zeiten von 'Wild Texas', in denen man 'keine Ehrenfragen' durch ein Duell über dem Schnupstuch...

Ein amerikanisches Duell. Die Zeiten von 'Wild Texas', in denen man 'keine Ehrenfragen' durch ein Duell über dem Schnupstuch...

Ein amerikanisches Duell. Die Zeiten von 'Wild Texas', in denen man 'keine Ehrenfragen' durch ein Duell über dem Schnupstuch...

Ein amerikanisches Duell. Die Zeiten von 'Wild Texas', in denen man 'keine Ehrenfragen' durch ein Duell über dem Schnupstuch...

Ein amerikanisches Duell. Die Zeiten von 'Wild Texas', in denen man 'keine Ehrenfragen' durch ein Duell über dem Schnupstuch...

Ein amerikanisches Duell. Die Zeiten von 'Wild Texas', in denen man 'keine Ehrenfragen' durch ein Duell über dem Schnupstuch...

Ein amerikanisches Duell. Die Zeiten von 'Wild Texas', in denen man 'keine Ehrenfragen' durch ein Duell über dem Schnupstuch...

Ein amerikanisches Duell. Die Zeiten von 'Wild Texas', in denen man 'keine Ehrenfragen' durch ein Duell über dem Schnupstuch...

Ein amerikanisches Duell. Die Zeiten von 'Wild Texas', in denen man 'keine Ehrenfragen' durch ein Duell über dem Schnupstuch...

Amtlich notierte Devisenkurse (in Tausenden)

Table with columns: in Berlin, Geld, 1. November, Brief, Geld, 31. Oktober, Brief. Lists exchange rates for various countries like Holland, Brasilien, etc.

Österreichische und tschechische Kronen werden bis auf weiteres in Dresden nicht gehandelt.

Neuporteur Markkurs vom 1. November (erste Notierung): 0,00000004 Cent, entspricht einem Dollarkurs von 250 Milliarden Mark.

Bremen, 1. November. Baumwolle: 83,88 Dollarkurs.

Frage: Wo finde ich Ruhe vor der Politik und dem Valutastrahl? Antwort: in MERAN

dem schönsten Südalpen-Kurort mit seinen maligen u. gleichbleibenden Positionen. Kurvorstellung.

dem schönsten Südalpen-Kurort mit seinen maligen u. gleichbleibenden Positionen. Kurvorstellung.

dem schönsten Südalpen-Kurort mit seinen maligen u. gleichbleibenden Positionen. Kurvorstellung.

